

Eingangsvermerke/Eingangsstempel der Behörde

PLZ, Ort, Datum

▼ Anschrift der zuständigen Behörde ▼

Antrag auf Erteilung

einer Sondernutzung auf öffentlicher Verkehrsfläche gemäß Art. 18 Abs. 1 Bayer. Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG)

einer verkehrsrechtlichen Anordnung gemäß § 45 Abs. 6 Straßenverkehrsordnung (StVO)

Ich/Wir beantrage(n) die Erteilung zur Inanspruchnahme einer öffentlichen Verkehrsfläche

Antragsteller, Name, Vorname, Firma

Anschrift

Verantwortlicher Bauleiter (Name, Vorname, Anschrift)

Telefon dienstlich

Telefon privat

- die Aufstellung eines Baugerüsts
- das Aufstellen von Maschinen (Bagger, Kräne, Betonmaschinen, Bauwagen usw.)
- das Lagern von festen Gegenständen (Erde, Aushub, Baumaterial)

- das Anbringen von Schutzvorrichtungen (Bauzäune usw.)
- das Anbringen von Warenautomaten

nach Maßgabe folgender, näherer Angaben zu erteilen.

Bezeichnung der Verkehrsfläche: (z.B.: Schillerstraße vor Haus 26)

Aufstellungs- oder Ablagerungsort:

Ausmaß der Aufstellung / Ablagerung: (auch benötigte Fläche)

Zweck / Grund der Aufstellung / Ablagerung:

Beginn der Sondernutzung:

Voraussichtliche Dauer der Sondernutzung:

Umleitungsstrecke (Straßenbezeichnung und Mehrlänge – Lageskizze anliegend)

Allgemeine Bedingungen für die Erteilung der Erlaubnis zur Sondernutzung an öffentlichem Verkehrsgrund.

1. Die Verkehrsflächen dürfen nicht mehr und nicht länger in Anspruch genommen werden, als unbedingt notwendig ist.
2. Die Baustellen müssen bei Tag und Nacht ausreichend gesichert, nach außen abgeschränkt, bei Dunkelheit beleuchtet und mit den amtlichen Verkehrszeichen versehen werden.
3. Der Aufstellungsort / Ablagerungsort muss möglichst sauber gehalten werden.
4. Für etwaige Unfälle im Zusammenhang mit der Sondernutzung muss die Haftung übernommen werden.
5. Die Erlaubnisbehörde kann nach Lage der Dinge notwendige weitere Auflagen im Erlaubnisbescheid machen.
6. Bei Nichterfüllung der Bedingungen oder der Auflagen ist die Erlaubnisbehörde nach vorheriger Androhung der Ersatzvornahme innerhalb angemessener Frist berechtigt, alle erforderlichen Maßnahmen auf Kosten des Erlaubnisinhabers vorzunehmen. Bei Gefahr im Verzug bedarf es keiner vorherigen Androhung der Ersatzvornahme.
7. Der Erlaubnisnehmer hat bei Widerruf der Erlaubnis oder bei Sperrung, Änderung, Umstufung oder Einziehung der Straße keinen Ersatzanspruch gegen den Träger der Straßenbaulast.
8. Es liegt im eigenen Interesse des Erlaubnisnehmers, dass die Beendigung der Sondernutzung umgehend bei der zuständigen Behörde angezeigt wird, damit Fehlberechnungen und unnötige Rückfragen bei der Bemessung der Gebühren vermieden werden.

Unterschrift des Verantwortlichen

Anlagen:

Firmenstempel